

D 019: Digitalisierung in Bund, Ländern und Kommunen muss gestaltet werden

Laufende Nummer: 1918

Antragsteller*in:	Bundesfachbereichskonferenz 6
Wortgleiche Anträge:	Bundesfachbereichskonferenz 7
Status:	angenommen
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme
Sachgebiet:	D - Digitalisierung in Arbeitswelt und Gesellschaft Untersachgebiet: D - 1. Allgemein
Schlagwörter:	Allgemein (SG D)
Antragsblock:	SG D - USG 1 Blockabstimmung
Entscheidung:	<input type="radio"/> wie Empfehlung <input type="radio"/> abweichend:

Der Bundeskongress beschließt:

- 1 Die Digitalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge schreitet voran. Bund und
- 2 Länder haben sich auf ehrgeizige Ziele zu Digitalisierung und Online-Angeboten
- 3 verständigt, die auch die Kommunen betreffen.

- 4 ver.di fordert eine demokratische und soziale Agenda für alle
- 5 Digitalisierungsprozesse und eine bessere Beteiligung der Beschäftigten: Die
- 6 Gewerkschaften müssen in die Informationsflüsse eingebunden werden, die
- 7 Mitbestimmung muss gestärkt und die digitalen Arbeiten und Arbeitsumwelten
- 8 müssen tarifvertraglich geregelt werden.

- 9 Bei der Digitalisierung in den Städten und Landkreisen geht es um die (Neu-)
 - 10 Gestaltung des Gemeinwesens, nicht um bloße technologische Erneuerungen.
 - 11 Digitalisierung muss demokratisch und sozial gestaltet werden.

- 12 ver.di initiiert und beteiligt sich an betrieblichen, lokalen und regionalen
 - 13 Diskussionsprozessen über Möglichkeiten und Grenzen des Einsatzes digitaler

14 Technologien. Im Fokus stehen die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge, die
15 Verbesserung der Bürgerservices und Angebote für Bürger*innen sowie die
16 Schaffung von digitalen Gemeingütern. Auch der Bund und die Länder erbringen
17 eigenständig Leistungen der Daseinsvorsorge, oft sozialräumlich weiter von den
18 Menschen entfernt. Die Digitalisierung bringt die Chance mit sich, sie direkter
19 zu erreichen. Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern soll zum Nutzen für
20 die Allgemeinheit und die Beschäftigten eingesetzt werden. Wir machen das zum
21 gesellschaftspolitischen Thema in den Betrieben, in den Kommunen, gegenüber der
22 Politik und in der Öffentlichkeit.

23 ver.di entwickelt auf der Bundesebene im Dialog mit Wohlfahrtsverbänden und
24 anderen gesellschaftlich relevanten Verbänden und Institutionen die Initiative
25 „kommunal.sozial.digital“. Ziel ist es gemeinsame Forderungen einer am
26 Gemeinwohl orientierten Entwicklung, Nutzung und Kontrolle digitaler
27 Technologien zu entwickeln, darüber Öffentlichkeit herzustellen und Einfluss auf
28 gesellschaftliche Diskussions- und Gestaltungsprozesse zu nehmen.

29 Alle ver.di-Gliederungen in den Städten und Landkreisen sind aufgefordert sich
30 an dieser Initiative zu beteiligen und entsprechende regionale Diskussions- und
31 Gestaltungsprozesse anzuschließen. Dazu gehört auch, sich an die politisch
32 gewählten Repräsentant*innen zu wenden, um für die Weiterentwicklung der
33 öffentlichen Daseinsvorsorge im digitalen Wandel einzutreten.

34 ver.di setzt sich daher auch für eine öffentliche Debatte über die Gestaltung
35 von Digitalisierung bei Bund, Ländern und Kommunen ein.

36 ver.di wird auf diesen politischen Ebenen verstärkt in die Diskussion treten und
37 weiter Stellung beziehen. Der gesellschaftspolitische Dialog über den Wandel der
38 öffentlichen Daseinsvorsorge im Zuge der Digitalisierung wird von ver.di mit
39 hoher Priorität behandelt.

40 „Gute digitale Arbeit“: ver.di-Personalräte und Vertrauensleute setzen sich in
41 den Dienststellen, Verwaltungen und Unternehmen der Kommunen, der Länder
42 und des Bundes dafür ein, dass die Digitalisierung nicht nur als
43 Technologiethema behandelt, sondern als Prozess zur Verbesserung der
44 Arbeitsbedingungen und Veränderung von Arbeit gestaltet wird. Die Beschäftigten
45 sind dabei als beteiligte „Fachleute“ und Betroffene aktiv einzubinden. Dazu

46 gehört es auch Themen zur Humanisierung der Arbeitswelt einzubringen und diese
47 als Voraussetzung für erfolgreiche Veränderungsprozesse zu benennen.

48 Eine demokratische und soziale Agenda für Digitalisierung erfordert mehr Dialog
49 und Beteiligung von Bürger*innen und Beschäftigten. Darüber hinaus sind
50 Regelungen zum Beschäftigtendatenschutz notwendig und überfällig.

51 Die Zentralisierung der Prozesse im IT-Planungsrat und die Dominanz des Bundes
52 in der Steuerung lässt dafür bisher wenig Spielraum.

53 ver.di fordert daher eine Einbeziehung der Beschäftigteninteressen und eine enge
54 Einbindung von ver.di in die Arbeit des IT-Planungsrates, um eine frühzeitige
55 Kenntnis der Prozesse und deren Bewertung sowie Einfluss auf die politischen
56 Grundentscheidungen zu ermöglichen.

57 ver.di fordert einen Tarifvertrag mit Bund, Ländern und Kommunen, um die Folgen
58 des Einsatzes digitaler Technologien und Abläufe zum Wohle der Beschäftigten zu
59 regeln. Ein solcher Tarifvertrag würde es den Beschäftigten ermöglichen,
60 Digitalisierungsprozesse aktiv mitgestalten zu können und unmittelbare
61 Rechtsansprüche in Veränderungsprozessen zu erhalten.

62 ver.di fordert, die Lücken in der Mitbestimmung insbesondere bei ressort- und
63 ebenenübergreifenden Maßnahmen sowie Maßnahmen über die Grenzen von
64 Gebietskörperschaften hinweg zu schließen. Soweit dies nicht durch Tarifvertrag
65 erfolgen kann, erscheint eine Konzernmitbestimmung analog dem
66 Betriebsverfassungsgesetz sinnvoll.

Begründung

Der digitale Wandel ist im Alltag angekommen. Wie wir mit einander kommunizieren, wie wir arbeiten, alle Bereiche des täglichen Lebens verändern sich mit der Nutzung digitaler Technologien. Jedoch sind die bisherigen Prozesse oft nur technologiegetrieben - das greift zu kurz. In Städten und Gemeinden sollen digitale Technologien zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge, zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen und der Schaffung von digitalen Gemeingütern zur Anwendung kommen.

ver.di muss sich in die Diskussionen einbringen, Digitalisierung muss von uns gesellschafts-

und arbeitspolitisch mitgestaltet werden.

Dazu gehört, dass wir unsere gewerkschaftlichen Forderungen Gehör verschaffen, hierzu sind alle ver.di-Gliederungen aufgefordert an diesem Themenkomplex zu arbeiten.

Aufgrund der Dimension des Themas „Digitalisierung“ und der notwendigen sozialen Gestaltung der anstehenden Prozesse in den Betrieben und Kommunen wird eine Kooperation von ver.di mit weiteren gesellschaftlichen Akteuren angestrebt. Ziel ist die demokratische und soziale Gestaltung der Digitalisierung zu erreichen. Mit dieser Kooperation wollen wir unsere Durchsetzungsmöglichkeiten in der Politik und Öffentlichkeit stärken.